

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 255

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm bre. C. Gold-
pennig, für Behörden, Finanzanzeigen und „Swartige“
Anzeigen 10 Goldpennig. Reklame 40 Goldpennig.
— Offertgebühren 10 Goldpennig in o. Porto. —

Halver

Samstag, den 30. Oktober

Erscheint wöchentlich 6 mal

Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des
Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1926

Heute die: Beilagen

„Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“
und „Zeitgeschehen im Wochenbild“.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der bayerische Ministerpräsident Held betonte in einer Rede die Treue Bayerns zum Reich.

* Der Berliner Magistrat hat sieben die vorbereitenden Entschlüsse zur Veranstaltung einer Weltausstellung im Jahre 1930 gefaßt.

* Vor dem Großen Schöffengericht in Berlin begann der Prozeß gegen den vielgenannten, im Antisemit-Prozeß bereits verurteilten Michael Holzmann, welcher der Bestechung von Beamten beschuldigt ist.

* Die bekannten französischen Militärsieger Robin und Lataste stürzten in der Nähe von Paris ab und wurden getötet.

* Die Föderation of British Industries hat den Reichsverband der Deutschen Industrie zu Besprechungen nach London eingeladen.

Konfliktstoff im Reichstag.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Verfassungsgemäß hat der Reichstag am ersten Dienstag im November zusammenzutreten; in der nächsten Woche werden demgemäß die Verhandlungen beginnen nach einer Pause, die fast fünf Monate beträgt.

An der innenpolitischen Situation hat sich inzwischen, vom parteipolitischen Standpunkt aus gesehen, äußerlich nichts geändert. Der Versuch, im Reich eine große Koalition herzustellen, also die parlamentarische Basis der Regierung Marx nach links zu erweitern, ist vorläufig ebenso gescheitert wie die Absicht der deutschen nationalen Rechten, sich der Regierung zu nähern. Über die preussischen Verhandlungen sind die Koalitionspäne zunächst gestoppt; es wird freilich nicht an sofortigen Bemühungen fehlen, neue Verhandlungen anzuknüpfen, obwohl die Deutsche Volkspartei der Ansicht ist, daß die Regierungskoalitionen im Reich und in Preußen ebensowenig notwendig identisch sein müssen, wie sie es bisher waren.

Während aber in Preußen die bestehende Weimarer Koalition eine wenn auch nur ganz kleine Mehrheit hat, ist die Regierung Marx im Reich ja eine ausgesprochene Minderheitsregierung, kann also über Nacht gestürzt sein, wenn die Gesamtopposition in irgendeiner Frage einmal zusammengeht und dann über die Mehrheit verfügt. Nun ist aber im allgemeinen eine deutsche parlamentarische Opposition — ebenso auf der Rechten wie auf der Linken — nur in sehr seltenen Fällen zu einem solchen Experiment zu haben; der Sturz Dr. Luthers bildet eine Ausnahme und die Drohung mit einer allen Parteien unangenehmen Reichstagsauflösung ist ein starker Trumpf in der Hand der Regierung. Die parlamentarische Entwicklung der nächsten Wochen erst wird auch die parteipolitische Konstellation beeinflussen.

Diese Entwicklung birgt allerhand Gefahren in sich. Hohenzollernabfindungsgesetz nebst dem bekannten sozialdemokratischen Zusatzantrag, der Kampf um die Erwerbslosenfürsorge und um die auswärtige Politik, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag und anderes mehr enthält Konfliktstoffe genug. Außerdem hat der Reichstagspräsident Löbe erklärt, daß er mit der Absicht umgehe, eine grundlegende Änderung der Geschäftsordnung zu beantragen, weil oder wenn die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichen, um derartige Szenen zu verhindern, wie sie sich vor kurzem im preussischen Landtag abspielten. Der Präsident darf nämlich grobe Unruhestifter und „schlagfertige“ Abgeordnete nur für einen Tag von der Sitzung ausschließen. Bemerkte sei, daß der Vorsitzende der Öffener Stadtverordnetenversammlung das Recht hat, jeden renitenten Stadtverordneten, der auf seine Aufforderung hin den Saal nicht sofort verläßt, auf acht Wochen auszuschließen mit Verlust der Straßenbahnfreikarte und der Entschädigungen. Und wenn das noch nicht hilft, dann kann durch einen einfachen Beschluß der Versammlung Ausschluß auf die Dauer der Sitzungsperiode erfolgen.

Der Grundgedanke Löbes wird wohl von den bürgerlichen Parteien gebilligt werden, aber derartige Andierungen der Geschäftsordnung haben stets zu den erbittertesten parlamentarischen Kämpfen geführt, weil sich die Minderheit immer für „vergewaltigt“ erklärte. Da scheint man denn die agitatorische Rückwirkung auf gewisse Teile des Volkes. Daß derartige Verschärfungen trotzdem notwendig sind, noch viel notwendiger werden können, muß der vor allem einsehen, der nicht will, daß der Parlamentarismus sonst in die Gefahr des Selbstmordes gerät. So manches an ihm und seinem Betrieb ist ja noch verbesserungsfähig, und Löbe wies auch auf entsprechende Anregungen hin, die vor allem dem parteipolitischen Leerlauf entgegenwirken, eine strengere Konzentration auf wirkliches Arbeiten herbeiführen wollen. Was hierin geschehen wird, das wird gleichfalls erst von der Entwicklung der nächsten Wochen abhängen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten, Dr. Brandes-Althof, hat eine Sitzung des Ständigen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates stattgefunden, in deren Vordergrund die großen Probleme standen, die sich schon jetzt aus der Zusammenarbeit von Enqueteausschuss und

Die Frage der Rüstungskontrolle

Internationale Überwachung der Rüstungen.

Beschlüsse in Genf.

Der gemischte Ausschuss, der von der Vorbereitenden Konferenz für die Abrüstung mit der Prüfung der wirtschaftlichen Seite des Problems beauftragt wurde und der in Paris seit dem 19. Oktober getagt hat, hat seine Arbeiten beendet. Nach der Agentur Havas hat er sich mit folgenden Fragen beschäftigt:

1. Prüfung der Methoden, die geeignet sind, die Anwendung des Völkervertrags sicherzustellen. Hier werde die Schaffung eines ständigen Organs vorgeschlagen, das die Aufgabe habe, alles, was die Anwendung des Völkervertrags betreffe, unter statistischen Gesichtspunkten zu sammeln und zu prüfen. Es handle sich um die Frage der Rüstungskontrolle. Hier sei der Ausschuss der Ansicht, daß unter gewissen Vorbehalten eine sogar internationale Überwachung der Rüstungen und der Herstellung von Kriegsmaterial zulässig sei.

2. Prüfung der Möglichkeit, den Rüstungsstand der verschiedenen Staaten durch Vergleichung ihrer militärischen Ausgaben festzustellen, sowie Prüfung der allgemeinen Frage einer Beschränkung der Streitkräfte durch eine Beschränkung des Militärbudgets. Der Ausschuss habe die Ansicht vertreten, daß das Studium der Budgets bei der gegenwärtigen Lage nicht als Grundlage für die Rüstungsbeschränkungen dienen könne. Eine Einschränkung des Budgets würde das Ergebnis von Vereinbarungen zwischen den kontrahierenden Staaten sein müssen. Doch würde diese Beschränkung nur wirksam sein als Folge der Beschränkung der militärischen Elemente, d. h. des Materials und der Mannschaften.

3. Prüfung des Einflusses der wirtschaftlichen Elemente auf die Rüstungen und auf die Kriegsmacht. Als wirtschaftliche Elemente wurden aufgeführt: die Zahl der Einwohner, die Hilfsquellen an Rohstoffen, Nahrungsmitteln, und sonstigen Produkten. Wichtig seien Umfang und Natur der Verkehrsmittel und schließlich die finan-

ziellen Mittel eines Landes, von denen die Möglichkeit der Kriegsführung abhängt.

Der Ausschuss stellt fest, daß mangels einer Organisation der Weltwirtschaft eine regionale Organisation wirksam zur Sicherheit und infolgedessen zur Erleichterung der Abrüstung beitragen könne.

Frankreichs Sicherheiten.

Der frühere Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission und Mitglied des französischen Obersten Kriegsrats, General Nollet, kam bei einem Frühstück des Englisch-Französischen Frühstücksklubs in London auch auf die Rüstungsfrage zu sprechen. General Nollet führte hierbei aus: Die Tatsache, daß Nationen sich nicht länger auf Soldnerheere verlassen, mache die Bestimmung des Ausdrucks „Abrüstung“ schwierig, was durch das, was in Genf stattgefunden habe, bewiesen worden sei. Tatsächlich könne eine Nation nicht länger zur Impotenz verurteilt werden, wenn diese Nation beträchtliche industrielle Hilfsquellen besitze, die rasch die Herstellung von Munition ermöglichen, und wenn außerdem diese Nation sowohl quantitativ wie auch qualitativ genügend „Menschennmaterial“, wie man es in Deutschland nenne, zur Verfügung habe.

Nollet fragte, was Frankreich als Sicherheit habe, und erklärte, es halte weiterhin einen Teil des Rheins besetzt und es sei wohl bekannt, welche Bedeutung die französische öffentliche Meinung dieser Besetzung beimesse. Sie grenze an die entmilitarisierte Zone, die sie isoliere und ihr eine insulare Lage gebe. Aber dieser Schutz könne nur seinen vollen Wert haben, wenn eine Überwachung bestehe. Andererseits sei Frankreich des Vorteils des Garantiepaktes beraubt, der im Falle eines neuen Konfliktes die Streitkräfte Amerikas und Großbritanniens Seite an Seite mit seinen eigenen gestellt hätte. General Nollet gab seinem Optimismus für die Zukunft Ausdruck und schloß dann, unter Beifall: „Ich glaube, daß unsere beiden großen Länder weiterhin Hand in Hand gehen werden. Wir müssen das Spiel bis zu seinem Ende spielen, solange der angerichtete Schaden noch nicht wieder gutgemacht und wenn das gemeinsame Ziel noch nicht erreicht ist. Interessen und Gefühle verlangen die Freundschaft Frankreichs und Großbritanniens.“

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat neben ihrem Antrag auf Ausweisung aller ehemaligen Landesfürsten und ihrer Nachkommen aus dem Reichsgebiet jetzt noch einen besonderen Gesetzentwurf eingebracht, wonach alle zwischen den einzelnen Ländern (Preußen, Bayern usw.) getätigten Verträge und Vergleiche mit den ehemaligen Fürsten aufgehoben werden und das gesamte ehemalige Fürstentum zum Wohle der Allgemeinheit entschädigungslos enteignet wird.

Königsberg. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat die Reidenburger Zeitung wegen eines Artikels „Völkische Bauernbewegung“ vom 28. Oktober bis 10. November verboten, weil in dem Artikel die republikanische Staatsform beschimpft wurde.

London. „Times“ zufolge ist ein deutsch-englisches Akademisches Amt eingesetzt worden, das ein System des Austauschs von Universitätsstudenten zwischen Deutschland und England entwickeln soll. Das Amt wird zusammen mit dem Akademischen Austauschdienst in Berlin arbeiten, dessen Direktor Dr. Werner Bicht ist.

Bukarest. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Amerikaner der Königin von Rumänien abgebrochen worden ist und daß sich die Königin bereits auf der Rückreise befindet. Durch diese amtliche Erklärung werden die Gerüchte bestätigt, die von einer neuerlichen schweren Erkrankung des rumänischen Königs sprechen.

Buenos Aires. Der Präsident der Republik Argentinien Dr. Alvear hat den hier eingetroffenen ehemaligen deutschen Reichskanzler Dr. Luther empfangen. Für Sonnabend ist Dr. Luther vom Minister des Äußern zum Frühstück geladen.

Bayerns Verhältnis zum Reich.

Dr. Held über Staat und Wirtschaft.

In der Vollziehung des Wirtschaftsbeirats der Bayerischen Volkspartei nahm Ministerpräsident Dr. Held das Wort und erklärte u. a. zur Anschlußfrage, daß auf dem Wege der Wirtschaft der Anschlußgedanke am ehesten verwirklicht werden könnte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verbindung zwischen Deutschland und Österreich sich immer inniger gestalten möchte.

Dr. Held kam darauf auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft zu sprechen. Er sagte hierbei: Die Wirtschaft kann nicht der Staat sein, die Staatsidee, der staatspolitische Gedanke geht viel weiter und ergreift alle Stände und Interessen. Die Staatsautorität muß die erste Voraussetzung dafür sein, daß jede einzelne Wirtschaftsgruppe sich zur Geltung bringen kann. Ich würde es begrüßen, wenn gerade vom Wirtschaftsbeirat der Bayerischen Volkspartei im Gegensatz zu manchen Wirtschaftsgruppen im Reich der Staatsgedanke an die erste Stelle gesetzt würde. Wenn man die Staatswirtschaft und die Privatwirtschaft glaubt an die Stelle des Staates setzen zu können, dann verfallt alles unrettbar in einen heillosen Materialismus. Wir stehen, so schloß der Ministerpräsident, in einem schweren Kampfe um die Erhaltung unserer Eigenstaatlichkeit. In diesem Kampfe kann die Wirtschaft nicht beiseite stehen, und gerade die bayerische Wirtschaft hat ein Lebensinteresse daran, in diesem Kampf an der Seite der Bayerischen Staaten zu stehen. Wir gehen nicht gegen das Reich. Wir in Bayern sind ebensogute Deutsche als irgend jemand im Norden. Wenn wir

Rußland.

X Entschließung des kommunistischen Parteitag des Sowjetunion. Nach kurzer Aussprache über das Referat Bucharins über die internationale Lage und die Tätigkeit der kommunistischen Partei der Sowjetunion innerhalb der kommunistischen Internationale, an der kein einziger Vertreter der Opposition teilnahm, billigte die Konferenz in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Tätigkeit der Vertreter der Partei und verteilte auf das entscheidende die fraktionelle Arbeit der russischen Opposition gegen die kommunistische Internationale. Die Konferenz billigte ferner die Beschlüsse einer Reihe von Sektionen der kommunistischen Internationale sowie die kürzlich gefaßten Beschlüsse der Vollziehung des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission über die Entbindung Sowjews von der Arbeit in der kommunistischen Internationale.

den föderalistischen Gedanken hochhalten, so sind wir uns bewußt, daß wir mindestens ebensogut für das Reichsganze sorgen wie andere Leute, welche glauben, diese Sorge in Erbpacht zu haben."

Keine Verstimmung Amerikas gegen Deutschland.

Eine offiziöse Auslassung.

„Associated Press“ meldet aus Washington: In Regierungskreisen ist man überrascht über die im Auslande veröffentlichten Nachrichten, daß Amerika gegen Deutschland verstimmt sei wegen der geplanten Auslegung von deutschen Eisenbahnfonds und der Bildung des europäischen Stahlkartells. Das Staatsdepartement und das Schatzamt erklärten, daß die amerikanische Regierung über die beiden Vorschläge nicht befragt worden sei. Das Weiße Haus gab keine Erklärung ab. Das Staatsdepartement erklärte ausdrücklich, daß es nur durch Pressenachrichten Kenntnis von dem Stahlkartellplan erhalten habe. Das Schatzamt äußerte, es sehe keinen Grund, warum es über den Trustplan hätte befragt werden sollen. Der Plan einer Auslegung von deutschen Eisenbahnfonds sei in England durchkreuzt worden, ehe er der amerikanischen Regierung vorgelegen habe. In Regierungskreisen wird betont, daß die Londoner und Pariser Meldungen über eine amerikanische Verstimmung keinerlei berechnete Grundlage haben. Es wird dagegen angedeutet, daß hier einige Verstimmung bestand über das kürzliche Bestreben der britischen und der französischen Presse, den Vereinigten Staaten die Verantwortung für ein mögliches Scheitern von Vereinbarungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung zuzuschreiben.

Danzigs neue Regierung.

Neuwahl des Danziger Senats.

Im Volkstag ist die neue Danziger Bürgerblockregierung gewählt worden. Nach dem Rücktritt der Linksoalition haben sich die Deutschen, das Zentrum, die Liberalen und die Beamtengruppe zu einer Regierung zusammengeschlossen, die sich allerdings nur auf die knappe Mehrheit von 62 Stimmen bei 120 Abgeordneten stützt. Zum Vizepräsidenten des neuen Senats wurde der deutsche nationale Fabrikbesitzer und Landesbaurat a. D. Niepe mit 60 von 66 abgegebenen Stimmen der Koalitionsparteien gewählt. Sämtliche Oppositionsparteien, also die Danziger Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Polen, beteiligten sich nicht an der Wahl. Hierauf erfolgte die Wahl der übrigen 13 Senatoren, die ebenfalls etwa 60 Stimmen erhielten; es wurden gewählt: 6 Deutschnationale, 4 Zentrumskandidaten, 2 Liberale und 1 Beamtenvertreter.

Weltausstellung 1930 in Berlin.

Die vorbereitenden Entschlüsse gefaßt.

Der Berliner Magistrat hat in seiner letzten Sitzung das Vorgehen des Oberbürgermeisters Böß in der Frage der Veranstaltung einer internationalen Ausstellung im Jahre 1930 zu Berlin unter der Bezeichnung „Die neue Zeit“ gebilligt und ihn ermächtigt, mit dem Altestenausschuß der Stadtverordnetenversammlung Fühlung zu nehmen und anschließend daran beim Reichsminister des Innern den Antrag auf Bestellung eines Reichskommissars für die Ausstellung zu richten. Der Altestenausschuß wird die Stellungnahme der Fraktionen am nächsten Mittwoch dem Magistrat in dessen Sitzung übermitteln. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wird zu den beabsichtigten Ausstellungsplänen in seiner Novembertagung Stellung nehmen.

Der vierte Femeprozeß.

§ Landsberg, 28. Oktober.

Mit der Verhandlung gegen Schiburr und zehn Genossen begann der umfangreichste und wichtigste in der Reihe der Fememordprozesse. Angeklagt sind wegen Mordes, Beihilfe, Körperverletzung und anderer Delikte 1. der Reisende Otto Schiburr aus Varensteden, 2. der Hausdiener Hans Gräß aus Frankfurt a. O., 3. der Landwirt Werner Rehm aus Berlin, 4. der Landwirt Hein Eder aus Dürrenselchow und die in Untersuchungshaft befindlichen: Oberleutnant Schulz, Erich und Willi Klapproth, Sportlehrer Reinhold Raphael, der frühere Polizeiuferwachmeister Kurt Vogel und die Arbeiter Otto Friede und Glaser. Es handelt sich bei dem Prozeß um den Fall Gröschke. Gröschke war Mitglied des Arbeitskommandos Küstrin und in den Verdacht geraten, ein kommunistischer Spitzel zu sein. Schulz wird beschuldigt, Klapproth und den geflüchteten Bisming mit der Beseitigung dieses Gröschke beauftragt zu haben. Nach schweren Mißhandlungen im Fort Gorgast durch die Angeklagten Schiburr, Gräß, Rehm, Raphael, Eder und Friede soll Gröschke im Quarzschener Forst durch Bisming auf Klapproths Anweisung auf einer Autofahrt erschossen und im Walde verscharrt worden sein.

Nicht weniger als zehn Verteidiger sind diesmal tätig. Bei der Personalienfeststellung der Angeklagten ergibt sich, daß Schiburr, der behauptet, nicht vorbestraft zu sein, wegen schweren Diebstahls mit vier Monaten Gefängnis bestraft worden ist. Die Strafe war in 300 Mark Geldstrafe umgewandelt worden. Oberleutnant A. D. Schulz gibt zu allgemeiner Überraschung an, er sei doch schon vorbestraft, und zwar 1921, weil er zwanzig Kanonen gestohlen habe.

Es wird dann der Öffnungsbeschuß des Vierten Strafsenats des Reichsgerichts verlesen, in dem über die Arbeitskommandos gesagt wird, sie seien mit Zustimmung des Reichswehrministeriums 1923 errichtet und dem Reichswehrministerium unterstellt worden. Der preussische Innenminister (Severing), dem das gemeldet wurde, habe dagegen nichts einzuwenden gehabt. Die Arbeitskommandos waren nötig, weil die aktiven Truppen die große Arbeit der Bergung von Waffenbeständen nicht übernehmen konnten. Als Führer der Arbeitskommandos war Major Buchrucker angestellt, als Referent Oberleutnant Schulz. Inhaltspunkte dafür, daß schon im Juni 1923 — der Bericht geschah am 1. Oktober — mit den Arbeitskommandos hocharbeiterische Zwecke verfolgt und daß Gröschke um solcher willen ermordet worden wäre, lägen nicht vor. Die Selbstjustiz sei in die Arbeitskommandos hineingetragen worden dadurch, daß zahlreiche Mitglieder beim Oberschlesischen Grenzschutz gewesen wären, wo sie durch polnische Grausamkeiten zu besonderer Vorsicht gegenüber Verrätern veranlaßt worden waren. Es spreche alles dafür, daß Gröschke mißhandelt worden wäre, weil der Verdacht bestand, daß er kommunistischer Spitzel war, und daß er getötet worden sei, weil man befürchtete, daß er sich durch seine kommunistischen Freunde rächen und diesen die geheimhaltende Organisation der Arbeitskommandos verateten würde. Aus diesen Gründen sei das Reichsgericht (das nur für Landesverrat zuständig ist) im Falle Gröschke nicht zuständig.

Der Angeklagte Schiburr

bestreitet bei seiner Vernehmung auf Fragen des Vorsitzenden, daß er jemals vor dem Falle Gröschke von Vorgesetzten den Auftrag erhalten habe, Kameraden zu verprügeln. Er habe selbst einmal Prügel bekommen sollen, es sei ihm aber gelungen, der Sache zu entgehen. Auf die Frage des Vorsitzenden,

warum er denn Gröschke so sehr verprügelt habe, befindet Schiburr, als Oberleutnant Raphael Gröschke in der Arrestzelle darüber vernahm, wo die Kommunisten ihre Waffen versteckt hätten, wo die kommunistischen Führer ihre Zentrale hätten usw., sei er von Oberleutnant Raphael hinzugeholt worden, und wenn Gröschke falsche Aussagen machte, habe er ihn schlagen müssen. Schiburr bestreitet nicht, daß ein sogenanntes Kommando bestanden habe, er will aber nicht der Führer gewesen sein. Es habe überhaupt keinen Führer des Kommandos gegeben. Der Angeklagte hatte früher angegeben, er habe Oberleutnant Schulz und Raphael in der Zelle des Gröschke gesehen, was er jetzt widerriert. Der Vorsitzende fragt den Angeklagten, ob er sich keine Gedanken gemacht habe, als er hörte, daß Gröschke verschwunden sei. Der Angeklagte erwidert, er habe gehört, daß Gröschke ermordet worden sei, aber weiter habe er nichts gewußt. Er habe in der Küstriner Zeitung gelesen, daß seine Leiche gefunden worden sei, habe sich aber darüber weiter keine Gedanken gemacht. Nach Schiburr wurden noch vernommen Gräß und Rehm. Gräß bestätigt, daß Gröschke stark mißhandelt worden sei. Er selber habe stets Angst vor Mißhandlung oder Schlimmerem gehabt.

Der zweite Holzmann-Prozeß.

Kutischer als Nebenkläger.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte begann die Verhandlung in der zweiten Anklage gegen den Kaufmann Michael Holzmann. Wie erinnert, ist Holzmann bereits als Mißangeklagter von Ivan Kutischer zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Holzmann ist angeklagt wegen Beamtenbestechung, Erpressung, Bedrohung sowie wegen Betruges und versuchten Betruges. Ivan Kutischer hat sich als Nebenkläger dem Verfahren gegen Holzmann angeschlossen, weil er von diesem nicht nur erpreßt und bedroht, sondern auch beleidigt sein soll. Holzmann war bereits mit Regierungsrat Bartels, dem damaligen Leiter des Fremdenamtes beim Berliner Polizeipräsidium, und dem Kriminalassistenten Rothe mitangeklagt, weil er diese beiden Beamten bestochen haben sollte. Gegen Holzmann mußte das Verfahren abgetrennt werden, weil er bei Beginn dieses Prozesses flüchtig war. Bei den Betrugsanklagen handelt es sich einmal um das Geschäft mit dem Hanauer Lager und dann um das sogenannte Östram-Geschäft, durch das er versucht haben soll, einen Kaufmann Dr. Linke in Zürich zu betrogen. Kutischer, als Nebenkläger, war zu der Verhandlung nicht erschienen, und sein Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Nüßell, teilte mit, daß er sich noch immer in der Chartistenstraße und nicht transportfähig sei. Bei Beginn der Verhandlung machte der Verteidiger Holzmanns, Rechtsanwalt Jaffe, Einwendungen gegen die Zulassung Kutischer als Nebenkläger, obwohl die Strafkammer sich bereits in bejahendem Sinne entschieden hat. Der Anklagevertreter, Staatsanwaltschaftsrat Jügel, und Rechtsanwalt Dr. Nüßell wiesen diesen Einspruch als juristisch nicht haltbar zurück, und das Gericht stellte sich nach kurzer Beratung auf denselben Standpunkt.

lokales und Provinzielles.

Halver, den 30. Oktober 1926.

Der Roman mußte wegen Raumangel bis zur nächsten Ausgabe zurückgestellt werden.

*) Halver, 29. Okt. Die hiesige Kreisfürsorgestelle teilt uns mit, daß am Dienstag, den 2. November d. J. an verschiedenen Stellen unserer Gemeinde eine einmalige Mütterberatungsstunde stattfinden soll. So in Anschlag im Gasthof Bürger morgens 10 Uhr, Schwenke im Gasthof Goeß morgens 11 Uhr, Carthausen im Gasthof Frommann nachmittags 1/2 Uhr. Den Müttern in den Landbezirken ist somit Gelegenheit gegeben, an dieser so überaus wichtigen Mütterberatung teilzunehmen.

|| Halver, 29. Okt. Ein besonderes Ereignis für Halver ist die Kinder- und Familienvorstellung, welche im Rahmen des am kommenden Sonntag in den Lichtspielen Carlsbüche zur Aufführung kommenden Programms stattfindet. — Dieses Extra-Programm, bestehend aus 3 wunderschönen Märchen- und Lustspielen von einem Prinz Elfslein, von Tieren und von Blumen, beginnt nachm. 4 1/2 Uhr. Diese alten Wundermärchen, welche unsere Kleinen nur aus den Erzählungen ihrer Mütter und Großmütter, bzw. aus ihren Märchenbüchern kennen, werden ihnen hier in den wunderschönen Bildern vor Augen geführt. — Auch für Erwachsene dürften diese im Bilde zu sehenden Geschichten, liebe, längst vergessene Erinnerungen wachrufen, sodaß es niemand, ob jung oder alt, versäumen dürfte, sich dieses auserwählte Programm anzusehen. Es werden ihnen folgende Filme gezeigt: 1. Schneckis Heldentanz, zwei lustige Akte von mutigen Tieren. 2. Prinz Elfslein, eine Geschichte für Kinder in 3 Akten. 3. Die Schneerose, ein Trauerspiel für große und kleine Leute. — Diese Filme haben bisher nur größte Anerkennung gefunden, sodaß auch der Besuch der Lichtspiele Carlsbüche nur empfohlen werden kann. Für angenehmen Aufenthalt der Kinder wird durch gute Heizung des Kinos bestens gesorgt. — Die Hauptabendvorstellung, welche wie bisher abends 8 Uhr beginnt, stehen 2 Großfilme der National-Film A.-G. Berlin mit zusammen 13 spannenden Akten auf dem Programm. — 1. Blut und Sand. 6 Akte aus dem Leben spanischer Stierkämpfer, welche zeigen, wie ein hübschlicher junger Spanier, das Sorgenkind seiner Mutter, durch seine siegesbewusste Art der erfolgreichste Stierkämpfer wird, und durch seine elegante Kampfweise die Herzen aller erobert. Nur seine junge Gattin kann nicht in den Jubel einstimmen, da er bei jedem Kampf dem Tode gegenübersteht und sie um sein Leben besorgt ist. — In packenden Bildern aus dem schönen Spanien wird weiter gezeigt, wie eine fremde schöne Frau auf das Leben dieses gefeierten Helden einwirkt und bei einem großen Stierkampf durch ihre Anwesenheit in Begleitung eines Lebemanns die Unsicherheit des Helden beim Kampf mit dem Stier noch steigert, und wie er dadurch vom Stier getroffen tot in den Armen seiner Gattin endet. In der Hauptrolle Rudolf Valentio, der schönste Mann. — 2. Ein Lebenskünstler. 7 Akte nach dem Roman von Rich. Voß. Der Lebensroman eines Lebemanns, der mit schönen Frauen spielt, jedoch von einer Schauspielerin durch seinen Pflege Sohn in die Ehe gezwungen wird. — Lauter packende Bilder vom Leben und Lieben der Großstadt, welche in zwei gleichzeitigen Verlobungen von Vater und Sohn enden. — Mit der Auswahl dieser 2 Prachtfilme haben die Lichtspiele Carlsbüche einen guten Griff getan, sodaß jeder Besucher etwas miterleben kann. Da am Sonntagabend keine Veranstaltung stattfinden kann, wird das Hauptprogramm am Montagabend ab 8 Uhr mit besonderen Einlagen nochmals aufgeführt.

+ Oberbrügge, 29. Okt. Die in Betrieb befindliche, elektrotechn. Fabrik von J. D. vom Brocke in Bollwerk ging durch Kauf in den Besitz der Herren Gebr. Erkens, Luckenwalde über.

* Oberbrügge, 28. Okt. Eine 9 Meter hohe Stechpalme. In Fernhagen, Landgemeinde Lüdenscheid, unmittelbar am Wege nach Velfenscheid, steht eine Stechpalme, auch Hülse genannt (Ilex Aquifolium L.) von beträchtlicher Größe, die man als Natursegenheit ansehen kann. Die Höhe beträgt ungefähr 9 Meter und der Stamm hat ungefähr 1 Meter über der Erde einen Durchmesser von etwa 30 cm. Im Frühjahr bietet der Baum einen herrlichen Anblick, wenn er mit weißen Blüten übersät ist, die sich von dem Hintergrund der dunkelgrünen, glänzenden Blätter sehr schön abheben. — In seinem Buche: „Westfalens bemerkenswerte Bäume“ schreibt E. Schliekmann, Oberförster a. D. in Arnsberg: Die Hülse, eine ausgesprochene Waldpflanze und hier ursprünglich nur als Unterholz im Buchenhochwald heimisch ist, ist in den diesseitigen Wäldungen, namentlich in lichterem Buchenbeständen, noch häufig. Dr. Fr. Westhof hält die Stechpalme für eine nach Ablauf der Eiszeit eingewanderte südlichere Holzart, die im nördlichen Deutschland gegen Osten nicht über die Elbe hinaus zu finden ist. Wegen ihrer immergrünen, leberartigen, glänzenden Blätter wird das Laub vielfach zum Schmuck bei Prozessionen, zu Toten- und anderen Kränzen verwendet. In den Gärten ist die Stechpalme auch als Zierstrauch angepflanzt. Hier, wie im Walde findet sich die Hülse noch baumartig in ansehnlichen Exemplaren; im Walde bedeckt sie größere Flächen, z. B. am Südbahnde des Rotensteines im Kreise Altena, Amt Meinerzhagen in Exemplaren bis 30 Zentimeter Durchmesser und 6 Meter Höhe, ferner auch im Kreise Arnsberg, Oberförsterei Obereimer, Schutzbezirk Neuhaus 1, Distrikt 9. Einzelne bemerkenswerte Exemplare finden sich: 1. Kreis Altena, Rittergut Löffinghausen bei Meinerzhagen; 2. Kreis Altena, im Garten der Burg Altena; 3. Kreis Hagen, Amt Wetter, Kirchdorf Ende; 4. Kreis Hattingen, Amt Hattingen, Bauerschaft Baak; 5. Kreis Hattingen, in der Nähe des Besitzums des Landwirts Brinkmann zu Dumberg; 6. Kreis Iserlohn, in Hohenlimburg im Hofe des Schlosses; 7. Kreis Lippstadt, Gemeinde Suttrop, in dem dortigen Gemeindewalde.

;) Schalksmühle, 29. Okt. Am Dienstag, den 2. November er., ab mittags 2 Uhr, findet hier selbst in der Hohenzollernschule Mütterberatungsstunde statt. Ein Besuch derselben ist sehr zu empfehlen.

*) Kierspe, 29. Okt. Am Samstag, den 30. Oktober abends 8 Uhr findet wie bekannt der dritte Volksunterhaltungsabend in der Turnhalle zu Kierspe statt. Die Wandervogelspielschar Lüdenscheid wird sich daran beteiligen. U. a. wird ein Mysterienspiel „Gevatter Tod“ aufgeführt werden. Am Sonntag, den 31. Oktober nachmittags 4 Uhr, wird eine Veranstaltung für Kinder stattfinden. Die Halle ist geheizt. Der Eingang zur Halle befindet sich durch die Jugendherberge. Die Preise sind für Erwachsene auf 50 Pfg. und für Kinder auf 25 Pfg. gesetzt.

*) Kierspe-Bhj., 29. Okt. Spitzbuben sind in letzter Zeit wieder an der Arbeit. An verschiedenen Stellen ist eingebrochen und gestohlen worden. Bei dem Geschäft von Aug. Vollmerhaus gelang es diesmal nicht, in das Haus zu gelangen. Unter Zurücklassung von Leitern suchten sie das Weiße. Den von Samstag auf Sonntag bei Frau Wasserfuhr in Kierspe ausgeführten Einbruch, bei welchem u. a. auch eine Anzahl Taschengeld gestohlen wurden, hofft man aufgeklärt zu haben. Wie verlautet, haben die in Unna inhaftierten Personen die Einbrüche in Kierspe, Halver und Dhl.-Königsfeld eingestanden.

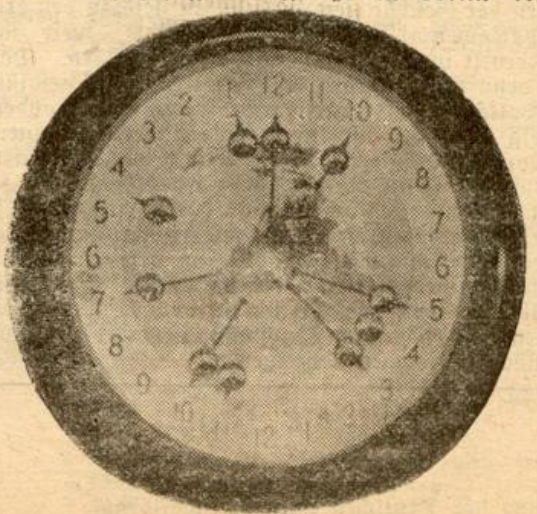
—b Kierspe-Bhj., 29. Okt. Die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ feiert am kommenden Samstag abends 8 1/2 Uhr im Saale des Vereinslokales Bastian einen gemütlichen Abend, wozu die Bürgererschaft herzlich eingeladen ist. Musikalische und gefangliche Vorträge kommen zu Gehör und dürften dem Besucher genutzreiche Stunden bevorstehen.

—b Kierspe-Bhj., 29. Okt. Der Neubau des Herrn Hefendehl in Wildenkufen ist nunmehr soweit fertiggestellt, daß die Einweihung am kommenden Samstag erfolgen kann. Auf der neuen Regelbahn findet ab Samstag 3 Uhr ein großes Preisfest statt, wobei sehr schöne Preise in Aussicht gestellt sind.

Meinerzhagen, 28. Okt. In dem gegen die Gemeinde Meinerzhagen angestrenzten Prozeß auf Bezahlung der zum Bahnbau von Meinerzhagen nach Olpe abgetretenen im Jahre 1912 übernommenen Grundstücke stand kürzlich Verhandlungstermin am Oberlandesgericht Hamm an. Das Landgericht Hagen hatte den Landwirten 60 Proz. der Kaufsumme zugesprochen. Gegen das Urteil hatten beide Parteien Berufung eingelegt. Das Oberlandesgericht beschloß, zunächst einen Gutachter zu hören, der feststellen soll wie der Wert der abgetretenen Grundstücke heute gegenüber demjenigen zur Zeit des Erwerbes im Jahre 1912 ist. Man hofft zu einem Vergleich zu kommen, der im Interesse des Friedens sehr zu begrüßen wäre.

Eine neue Weltuhr.

An dem namentlich den internationalen Verkehr vermittelnden Bahnhof Friedrichstraße in Berlin befindet



sich eine Uhr mit vielen Zeigern, die ein außerordentlich kompliziertes Werk hat. Sie zeigt Jahr, Monat, Woche und Tag sowie Zeit an.

